



Gerechtigkeit ist keine "freiwillige" Sozialleistung !

DIE LINKE macht sich stark für ein regionales Sozialticket als reguläres Tarifangebot im VVS

Für die verschiedensten Bevölkerungsgruppen gibt es im VVS z.T. hohe Rabatte: Schülerinnen und Schüler, Studierende, Seniorinnen und Senioren. Auch gut verdienende Berufstätige können verbilligte Zeitkarten erhalten, wenn sich ihr Arbeitgeber am "Jobticket" beteiligt. All diesen Menschen seien diese Rabatte auch gegönnt, weil dadurch die Nutzung des umweltschonenden ÖPNV gefördert wird.

Nur diejenigen Menschen mit dem geringsten Haushaltseinkommen, Beschäftigungslose, Sozialleistungsempfänger und Geringverdiener müssen (mit Ausnahme der Stadt Stuttgart) die vollen Preise bezahlen. Oft werden diese Menschen auch noch zusätzlich preislich "abgestraft", da sie sich keine Zeitkarte leisten können und somit die nochmals höheren Einzelfahrscheine lösen müssen. Die Tarifzoneneinteilung benachteiligt zusätzlich Bewohner der ländlichen Teile der Region.

Region, Landkreise und VVS ducken sich vor diesem Problem weg. Die einen – Region und VVS – behaupten, es handle sich um eine Sozialleistung, die von den Landkreisen bezahlt werden müßten und die Landkreise behaupten regelmäßig, sie hätten kein Geld dafür.

Das hat Folgen. Arme Menschen in der Region legen nur ca. 5% ihrer Wege mit dem ÖPNV zurück und ihre Wege sind deutlich kürzer. Sie sind darauf angewiesen, daß ihre Ziele fußläufig erreichbar sind oder müssen als Mitfahrer auf das Entgegenkommen anderer hoffen. Dies sind die Ergebnisse der letzten großen regionalen Mobilitätsstudie von 2010. Somit sind diese Menschen faktisch zu großen Teilen von der Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben ausgeschlossen, das außerhalb ihres Wohnumfeldes stattfindet.

DIE LINKE in der Region kritisiert diese Ausgrenzung schon seit Jahren. DIE LINKE hat mit verschiedensten Initiativen in der Region, den Kreisen und Kommunen versucht, diesen für die Betroffenen unwürdigen Zustand zu ändern. Zwar waren diese Initiativen nicht erfolgreich, haben aber ein erkennbares Nachdenken in einigen Parteien und Gremien ausgelöst.

Nun versuchen DIE LINKE und ihre parlamentarischen Bündnispartner erneut, durch einen abgestimmten Antrag in allen Kreistagen der Region ein regionalweites VVS-Sozialticket auf den Weg zu bringen. Die Fraktion der LINKEN in der Regionalversammlung unterstützt diesen gemeinsamen Antrag koordinierend.

Zentraler Bestandteil des gemeinsamen Antrags ist dabei eine Kostenerstellung anhand eines bereits erprobten Finanzierungskonzepts (Beispiel Kölner "MobilPassTickets"), das die Kosten kalkulierbar macht und wirksam begrenzt.

"Wir unterstützen Modelle, die dafür sorgen, dass auch Menschen mit einem geringen Einkommen öffentliche Mobilitätsangebote wahrnehmen können" (Koalitionsvertrag GRÜNE/SPD 2011)